

Fraktion DIE LINKE
Piraten-Gruppe
Freie Wähler Köln - Einzelmandatsträger Walter Wortmann

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 16.06.2016

AN/1152/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	28.06.2016

Videoüberwachung auf den Prüfstand

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Der Stadt Köln steht ein massiver Ausbau von großflächiger Videoüberwachung bevor. Neben den bereits geplanten und den bereits in der Umsetzung befindlichen polizeilichen Neuanlagen in Verantwortung des Landes schlägt die Stadtverwaltung dem Rat vor, der KVB das Hausrecht für 34 U-Bahnstationen zur Installation von Videokameras zu übertragen. Dies soll nach Angaben der Stadt Vandalismus und Gewalt verhindern und das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhöhen.

Im Bereich der polizeilichen Videoüberwachung sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Rates sehr gering. Es gibt punktuell Diskussionen, aber keinen gemeinsamen Beratungs- und Konsultationsprozess zwischen Stadtrat und Polizei. Deshalb sollte der Rat an seine guten Erfahrungen mit dem öffentlichen Hearing aus dem Jahr 2004 anknüpfen.

Da im Bereich der städtischen Videoüberwachung an Haltestellen und Gebäuden die Verantwortung der Stadt obliegt, muss das Hearing dieses Mal größer und wissenschaftlicher angelegt werden. Ein Symposium sollte die Folgen, die Wirkung und die Verhältnismäßigkeit (Geeignetheit, Angemessenheit, Erforderlichkeit und Zweck, Referenzbeispiele aus anderen Städten national/international) des geplanten Videoüberwachungs-Ausbaus erörtern sowie die Wirksamkeit der bestehenden Anlagen prüfen und ggf. belegen. Die Ergebnisse des Symposiums sollten die Grundlage für weitere Pläne oder das Aus für den Ausbau der städtischen Videoüberwachung bilden. Der Teilnehmerkreis muss breit angelegt werden, um Befürwortern und Kritikern ausreichend Gehör zu verschaffen.

Beschluss:

Im Herbst 2016 führen die Stadt Köln, der Rat und die Verwaltung ein Symposium „Videoüberwachung in Köln“ durch und laden dazu Datenschützer*innen, Wissenschaftler*innen, Behörden und Aktivist*innen aus Köln ein.

Begründung:

Nach den Vorfällen in der letzten Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof wurde die politische Diskussion überaus heftig geführt, und es wurden zum Teil populistische Forderungen erhoben. Die Landespolitik beschloss in kürzester Zeit ein Maßnahmenpaket für Innere Sicherheit und bessere Integration: <https://www.land.nrw/de/sondersitzung-im-landtag-zu-den-ereignissen-der-silvesternacht>. Diese Maßnahmen ernteten Zustimmung, insbesondere der Ausbau der polizeilichen Videoüberwachung wurde in Köln mehrheitlich begrüßt.

In einer vergleichsweise ähnlichen Situation im Jahr 2004 gab es auch eine breite Allianz in der Stadtgesellschaft, die Videoüberwachung befürwortete. Damals erschien Videoüberwachung vielen als probates Mittel, um das Problem der in Gruppen auftretenden jugendlichen Taschendiebe am Hauptbahnhof zu lösen. Ein vom Rat der Stadt Köln durchgeführtes öffentliches Hearing im Rathaus brachte ein überraschendes Ergebnis. Die damalige Entscheidung, statt Videoüberwachung mehr Polizeikräfte auf der Domplatte einzusetzen, brachte zusammen mit Präventionsprojekten wie der Gründung von Amaro Kher den entscheidenden Durchbruch. Diese Maßnahmen und nicht Videoüberwachung haben das Problem gelöst.

Die damals vorgebrachten Argumente können nicht unberücksichtigt bleiben, sondern müssen neu überprüft werden – zumal die Stadt Köln die eigene städtische Videoüberwachung in Zusammenarbeit mit der KVB ausbauen möchte.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

gez.
Thomas Hegenbarth
Sprecher
Piraten

gez.
Walter Wortmann
Einzelmandatsträger
Freie Wähler Köln